NOVAPUL

Basisausgabe | DeMeKo ADL | Persönlicher Nachrichtenfilter EIN

DEPOLIS

DEUTSCHLAND KRIEGT DIE KRISE

Droht ietzt die Diktatur der Gutmenschen?

Die vergangene Woche dürfte mit Recht als eine der ereignisreichsten Wochen in die politische Geschichte der noch jungen Allianz Deutscher Länder eingehen, nachdem die zweite Amtszeit von Anikka Beloit bereits wenige Tage nach ihrer Vereidigung im Amt von einer Kampfabstimmung belastet wurde: Zu Beginn der Woche waren Passagen des neuen Koalitionsvertrages zwischen der konservativen Bundestagsfraktion und der Europäischen Sozialdemokratischen Partei an die Öffentlichkeit gelangt, die zu teils tumultartigen Reaktionen im Bundestag sowie der allianzweiten Medienlandschaft geführt hatten. Skandalisiert wurde insbesondere die sogenannte "Krisennovelle", eine Gesetzesänderung, die es der Allianzregierung im Krisenfalle erlauben soll, im Interesse des Gemeinwohls Beschlagnahmungen von Privateigentum, etwa von Nahrungsmitteln oder pharmazeutischen Produkten, vorzunehmen - explizit auch Beschlagnahmung Güter extraterritorialer Konzerne, solange sich diese auf Allianzboden befinden. Prominente Vertreter der Wirtschaftsflügel von CVP und ESP kritisierten diesen Vorstoß scharf, wobei sie betonten, dass es sich bei dem lancierten Dokument lediglich um einen vertraulichen Diskussionsvorschlag gehandelt habe. Hatten Beobachter zunächst gehofft, die deutliche Kritik an ihrem Vorhaben würde Kanzlerin Beloit rasch zum Einlenken bewegen [siehe auch unseren Leitartikel "Die Stimme der Vernunft"], so wurden sie jäh enttäuscht. In einer öffentlichen Erklärung dankte die Vorsitzende der Bayrischen Volkspartei den Wählern erneut für ihre Wiederwahl, die sie als "klares Mandat zur entschiedenen Fortführung der Politik der vergangenen Legislaturperiode" bezeichnete, und kündigte an, die Krisennovelle im Eilverfahren dem Bundestag zur Abstimmung vorzulegen, um sich auch dort des nötigen Rückhalts zu versichern. Nachdem es lange Zeit danach aussah, dass die einfache Mehrheit für die Verabschiedung des Gesetzes und mit ihr die zweite Regierungszeit von Beloit am Widerstand zahlreicher wirtschaftsnaher Abgeordneter der Koalitionsfraktionen scheitern würde [siehe auch unseren Artikel "High Noon in Hannover"], erklärten Spitzenpolitiker der USPD überraschend ihre Unterstützung für das Gesetzesvorhaben und ihre grundsätzliche Bereitschaft, die Regierung Beloit zu dulden und in ihrer Regierungstätigkeit zu unterstützen. In einem beispiellosen Akt wurde die wohl kontroverseste Gesetzesnovelle seit Gründung der ADL mit Stimmen von CVP/BVP, ESP, PNO und USPD nach nur eintägiger Debatte verabschiedet - gegen den Widerspruch des Wirtschaftsrates der CVP und der Mehrzahl von Volkswirtschaftlern in den ADL, die in einer Petition an die Kanzlerin appelliert hatten, das Vorhaben zu stoppen. Erfahren Sie mehr über die desaströsen wirtschaftlichen Folgen dieser Entscheidung in unserem [Börsenblog].

E-BOOK TIPP

cadabra

DEPOLIS

VOLKERRECHTSWIDRIG

Ausgewählte Stimmen und Reaktionen zur Kanzlerin Beloits Krisennovelle

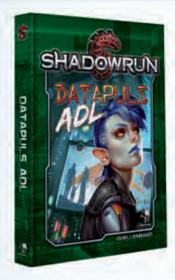
Jens Volcker (Liberaldemokratische Föderalistische Partei, ehemals Christliche Volkspartei): "Mit schwerem Herzen habe ich heute Morgen meinen Austritt aus der CVP erklärt. Als wichtigste Aufgabe bei der LDFP verstehe ich es. denienigen eine Stimme zu geben, die sich persönlich immer als Teil der konservativen Mitte der ADL verstanden haben und die sich durch den größenwahnsinnigen Kurs von Annika Beloit ihrer Partei entfremdet fühlen. Auch werde ich zusammen mit kundigen Juristen der LDFP eine Verfassungsklage gegen die Krisennovelle anstrengen, die, da bin ich mir ganz sicher, Erfolg haben wird. Beloit muss und wird gestoppt werden es kann nicht sein, dass sie in ihrer persönlichen Familienfehde mit der Konzernwelt die Zukunft aller hartarbeitenden ADL-Bürger mit sich in den Abgrund reißt. Ich denke ich spreche den anderen Abgeordneten der CVP-Fraktion, die ebenfalls aus Protest ihr Mandat niedergelegt haben, aus dem Herzen wenn ich sage: es ist traurig, welchen politischen Schaden diese Irre, die sich nicht zu schade ist, im Interesse ihres Machterhalts mit den Kommunisten der USPD zu paktieren, besonders der CVP aber auch ihrer eigenen Partei zugefügt hat."

Vanadis Hyvönen (Saeder-Krupp): "Aus unserer Sicht ist die Sachlage eindeutig: Die sogenannte Krisennovelle ist völkerrechtswidrig, insbesondere da die Novelle schwammig formuliert ist. So blieb unsere Anfrage, ob auch Waren im Transit - etwa an Bord eines unserer LKWs, der auf seinem Weg von Frankreich nach Skandinavien die ADL passieren muss – von der neuen Regelung betroffen sein könnten, unbeantwortet. Eine Sondersitzung des Konzerngerichtshofes zur Bewertung der veränderten Rechtslage in den ADL wurde einberufen. Für den Moment bleibt mir nur zu betonen, dass Saeder-Krupp jeden extralegalen Übergriff auf unser Konzerneigentum gemäß der Business Recognition Accords als Akt der Aggression bewerten und entsprechend handeln wird."

Johanna Laurien (ESP): "Wir verstehen gut, dass die Emotionen auf beiden Seiten gerade sehr in Aufruhr sind. Wir möchten unseren Partnern in der Wirtschaft, mit denen wir über lange Zeit vertrauensvoll zusammengearbeitet haben, versichern, dass wir nicht daran denken, uns von rechtsstaatlichen Grundsätzen zu entfernen. Im Gegenteil: Die mit der Novelle verabschiedeten Änderungen waren im wesentlichen Klärungen bislang undeutlich formulierter Gesetzespassagen, insbesondere was die Abwägung von Gemeinwohl und anderer Rechtsgüter – allen voran das Privateigentum - anbelangt. Auch wurde nun die bloße Güterbeschaffung durch den Staat explizit ausgeschlossen und ein angemessener monetärer Ausgleich gesetzlich fixiert. Der Bundestag hat durch seine legislative Tätigkeit die Rechtsstaatlichkeit also gestärkt und eine klare Rechtsgrundlage für legales Regierungshandeln in absoluten Ausnahmesituationen geschaffen."

Dr. Paul Zöller (1. Bürgermeister Berlins): "Unabhängig davon, ob der Gesetzesvorstoß noch am Bundesrat oder im Zuge von Klagen wegen Bruches von internationalem, NEEC- und Allianzrecht scheitern wird, zeigt die Novelle vor allem eines: Dass jetzt der Zeitpunkt ist, in das freie und von der ADL unabhängige Berlin zu investieren."





DATAPULS ADL

Die Allianz Deutscher Länder – ein Flickenland. Hier finden sich Trollrepubliken, Elfenstaaten, verseuchte Zonen und riesige Megaplexe. Berlin mit seinem Konflikt zwischen Kiezen und Konzernhochburgen. Hamburg mit seinen überfluteten Straßen und der verseuchten Nordsee. Der Rhein-Ruhr-Megaplex, ein Schmelztiegel aus Ghettos, Industrie und Konzernen. Und gerade weil die ADL so heterogen ist, sollten sich Runner hier gut auskennen. Sonst fressen einen die Schatten schneller, als man die nächste Grenze erreichen kann..

MEHR SHADOWRUN UNTER: WWW.SHADOWRUNS.DE

PDF-VERKAUF UNTER: WWW.PEGASUSDIGITAL.DE











MEHR UNTER TINYURL.COM/RUNNERGEAR